

**Besuch von Staatssekretär Jakob Kellenberger
in Washington, 15./16. November 1993**

1. Zweck des Besuches

Der Besuch bezweckte neben einer persönlichen Kontaktaufnahme mit Vertretern der Administration Clinton vor allem

- die Führung eines Meinungsaustausches über einige aktuelle Problemfelder (Jugoslawien, Wiederaufbauhilfe Palästina, Iran) und Konferenzen (KSZE-Aussenministertreffen 1993)
- das Sammeln von Informationen über die sicherheitspolitische US-Initiative "Partnerschaft für den Frieden".

Zu diesem Zweck fanden im Department of State Gespräche statt mit P. Tarnoff (Under Secretary for Political Affairs), S. Oxman (Assistant Secretary, Bureau of European and Canadian Affairs), R. Galucci (Assistant Secretary, Bureau of Politico-Military Affairs) sowie M. Parris (Senior Deputy Assistant Secretary, Near Eastern Affairs). Ausserdem kam es zu Kontakten mit namentlich D. Tarullo (Assistant Secretary, Economic and Business Affairs, DOS), P. Allgeier (Assistant U.S. Trade Representative), J. Walker (Special Assistant to the President for European Affairs, National Security Council) sowie Vertretern des diplomatischen Korps und Persönlichkeiten ausserhalb der Administration.

Die wichtigsten Erkenntnisse des Besuches lassen sich wie folgt zusammenfassen:

2. Partnerschaft für den Frieden

Die von Verteidigungsminister Les Aspin lancierte Initiative "partnership for peace" liegt erst in ihren Grundzügen vor. Sie wird gegenwärtig von der Administration weiter bearbeitet. Es handelt sich aber um eine eigentliche US-Regierungsinitiative, welche dem kommenden NATO-Gipfel (10.1.1994) vorgelegt und dort weiter konkretisiert werden wird. Nach ihrer Verabschiedung beabsichtigt man, innert Wochen mit interessierten Nicht-NATO-Staaten Verhandlungen aufzunehmen und innert Monaten entsprechende Verträge abzuschliessen. Diese können je nach Interessen und Bedürfnissen für jedes Land angepasst werden und verschiedene Felder der sicherheitspolitischen Kooperation umfassen. Die Partnerschaft kann - muss aber keineswegs - zu einer späteren NATO-Mitgliedschaft führen. Auf diese Weise soll die Initiative den Aufbau einer breiten europäischen Sicherheitsgemeinschaft "à géométrie variable" ermöglichen.

Mit diesem Programm beabsichtigen die USA, insbesondere den Staaten im Osten von Europa eine sicherheitspolitische Annäherung an die NATO zu ermöglichen, ohne damit bei Russland Bedrohungsängste entstehen zu lassen. Die USA wollen damit aber ausdrücklich auch die Neutralen in Europa ansprechen und

deren zur Zeit vielfach noch ungenutztes Potential in die Lösung europäischer Sicherheitsfragen einbeziehen.

Das Echo, das die USA bis anhin auf die Initiative erhalten haben, ist positiv. Alle NATO-Staaten, namentlich auch Frankreich, sind mit der Grundrichtung des Vorschlages einverstanden; Meinungsverschiedenheiten werden aber bei der Festlegung der Details erwartet.

3. KSZE

Die Vorbereitungsarbeiten der Administration im Hinblick auf das KSZE-Aussenministertreffen von Ende Monat in Rom sind noch nicht weit fortgeschritten. Dem Vorschlag Russlands, seine "Peace keeping"-Einsätze in der GUS durch die KSZE generell sanktionieren zu lassen, stehen die USA skeptisch gegenüber. Man erachtet es als notwendig, dass die KSZE dafür Richtlinien entwickelt und eine Ueberwachungsfunktion übernimmt. Wünschbar ist ferner, dass die russischen Friedenstruppen durch solche anderer KSZE-Staaten ergänzt werden.

Beim Balladur-Plan kritisieren die USA die Idee von multilateralen Garantien für bilaterale oder regionale Abmachungen sowie die mögliche Verdoppelung und Konkurrenzierung von bestehenden Organisationen. Sie befürworten eine Integration des Planes in die KSZE.

Insgesamt gesehen messen die USA der KSZE nach wie vor grosse Bedeutung zu, dies insbesondere, weil sie derzeit die einzige Institution zur sicherheitspolitischen Erfassung des Gebietes der ehemaligen UdSSR darstellt. Daher treten die USA dafür ein, dass die KSZE weiterentwickelt und operationeller ausgestaltet wird.

4. Bosnien-Herzegowina, Kosovo

Für die USA ist derzeit offen, ob Bosnien-Herzegowina bald einer Verhandlungslösung zustimmen oder ob es anstreben wird, von seinen Gegnern mehr territoriale Zugeständnisse zu bekommen. Die USA werden zwar bei der bosnischen Regierung auf die baldige Annahme einer Verhandlungslösung drängen. Aber sie werden dabei keinerlei Druck ausüben, weil schliesslich Bosnien-Herzegowina das Hauptopfer in diesem schrecklichen Krieg ist.

In bezug auf Kosovo sind die USA in mehrerer Hinsicht besorgt. Zum einen besteht die offensichtliche Gefahr, dass Albanien dort eingreifen könnte. Zum anderen wächst der serbische Druck im Kosovo stetig an. Die USA haben Serbien hinsichtlich Kosovo eindringlich zur Mässigung aufgerufen und gewarnt, sie würden entschlossen auf serbische Entgleisungen reagieren. Washington wird weiterhin auf Serbien in dieser Frage Druck ausüben. Daher zeigen sich die USA gegenüber dem deutsch-französischen Vermittlungsvorschlag skeptisch. Danach wird bekanntlich Serbien die Aufhebung der Sanktionen bei einem Wohlverhalten in Bosnien-Herzegowina in Aussicht gestellt. Die USA möchten

aber das Druckmittel Sanktionen in der Hand behalten, bis Serbien nicht nur in Bosnien-Herzegowina, sondern auch in Kosovo ihre Bereitschaft zur Einhaltung einer friedlichen Lösung unter Beweis gestellt hat. In Erinnerung gerufen sei, dass die USA nicht die Sezession des Kosovo unterstützen, sondern die Gewährung einer angemessenen Autonomie verlangen.

5. Nahostfriedensprozess

Die USA haben den grosszügigen Beitrag der Schweiz zugunsten der Nahostfriedensprozesses mit Dank zur Kenntnis genommen.

Die USA beabsichtigen relativ rasch der UNRWA und der UNDP 8 Mio \$ zukommen lassen. Die Weltbank wird einen "Emergency Fund" von 50 Mio \$ zur Verfügung stellen. - Bei der Aufbaubereit in der Westbank und im Gaza soll die "Ad-Hoc-Steering-Group" lediglich den Rahmen für die Hilfe setzen. Die Detailplanung soll der über das notwendige Know-how verfügenden Weltbank überlassen werden. Das entsprechende Gremium der Weltbank wird am 16.12.93 ein Treffen abhalten und die Geberländer direkt über mögliche Projekte informieren.

Die USA sind optimistisch, dass das "Momentum" des Friedensvertrages vom 13. September aufrechterhalten werden kann. Israel und die PLO nehmen ihre Vereinbarungen ernst und setzen den Dialog trotz Schwierigkeiten fort. Es ist durchaus möglich, dass nach der Jahreswende auch die Gespräche zwischen Israel und Syrien zu positiven Ergebnissen führen werden.

6. Iran

In bezug auf den Iran bleibt die Politik der USA unverändert. Man ist enttäuscht, dass sich Teheran zum Nahostfriedensprozess nur feindlich äussert und alle Gruppierungen unterstützt, die diesen Prozess zu sabotieren versuchen. Ferner wirft man dem Iran vor, dass er weiterhin grosse Summen in die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen investiert und die Menschenrechte systematisch verletzt.

Solange der Iran keinen klaren Willen zur Änderung seiner Politik erkennen lässt, sind die USA nicht bereit, die bilaterale Beziehungen zu normalisieren. Die USA drängen darauf, dass die internationale Gemeinschaft - wo immer möglich - den Iran unter Druck setzt. Insbesondere sollen Teheran keine neuen Kredite gewährt und eine Umschuldung verweigert werden. Hingegen opponieren die USA nicht dagegen, dass westliche Staaten mit dem Iran einem "critical dialog" aufrechterhalten.

102.11 - BT/CN

Washington, den 17. November 1993

**Besuch von Staatssekretär Jakob Kellenberger (KE)
in Washington, 15./16. November 1993**

Gesprächsnotizen

1. Robert L. Gallucci (G), Assistant Secretary, Bureau of Politico-Military Affairs, Department of State (in Begleitung von Andrew Winner).

1.1. Im Mittelpunkt des Gespräches mit (G) stand die U.S.-Initiative "Partnership for Peace". Einleitend wies (KE) darauf hin, dass der Schweizerische Bundesrat zu diesem Vorschlag noch nicht offiziell Stellung genommen habe. Für (KE) scheine die Initiative ein interessanter und gerade für die Schweiz adäquater Ansatz zu sein; dies insbesondere, weil sie ermögliche, dass die NATO mit jedem einzelnen Staat eine sozusagen massgeschneiderte Lösung für eine sicherheitspolitische Zusammenarbeit aushandelt. Die Initiative lasse Raum für Länder, die wie die Schweiz einerseits an ihrer dauernden, bewaffneten Neutralität festhalten wollten und andererseits zugleich vermehrt Sicherheit durch Kooperation zu erreichen suchten.

Hinsichtlich des weiteren Schicksals der Initiative informierte (G), dass diese am NATO-Gipfel vom kommenden Januar (10.01.94) diskutiert und das vorläufig nur grob umrissene Konzept dannzumal im Detail ausformuliert werden soll. Zur Zeit seien innerhalb der U.S.-Administration die Einzelheiten der Initiative noch nicht klar festgelegt; man müsse auch hier noch Denk- und Entwicklungsarbeit leisten. Daher seien leider auf viele Fragen keine klaren Antworten möglich. Die USA beabsichtigten aber, nach Verabschiedung der Initiative im NATO-Rahmen interessierte Nicht-NATO-Staaten zu Gesprächen einzuladen. Dabei könne die Initiative je nach Interessen und Bedürfnissen für jedes Land angepasst werden und verschiedene Felder der sicherheitspolitischen Kooperation umfassen. Bei diesem Prozess wollten die USA die Vorteile der NATO mit ihren bewährten und eingespielten Strukturen und Mechanismen nutzen.

Das Echo, das die USA bis anhin auf die Initiative erhalten hätten, sei positiv. Alle NATO-Staaten, namentlich auch Frankreich, seien mit der Grundrichtung des Vorschlages einverstanden; Meinungsverschiedenheiten könnten bei der Festlegung der Details aufkommen. Begrüsst werde die Initiative namentlich von den Ländern Mittel- und Osteuropas.

Auf die Frage nach den amerikanischen Beweggründen für die Lancierung der Initiative antwortete (G), den USA läge daran, einen Rahmen für eine breitere Sicherheitsgemeinschaft in Europa zu entwickeln, insbesondere auch um den ost- und

mitteleuropäischen Staaten bei ihrer Suche nach mehr Sicherheit die Hand zu reichen. Die USA wollten aber darüber hinaus mit der Initiative auch die Neutralen in Europa ansprechen. Diese sollten vermehrt in die europäischen Sicherheitsfragen eingebunden und zur Problemlösung herangezogen werden. Man sähe in Washington bei den neutralen Staaten ein grosses, zur Zeit noch brachliegendes Potential. Daher wolle (G) in Zukunft auch den persönlichen Dialog mit Vertretern neutraler Staaten intensivieren.

- 1.2. In bezug auf den Balladur-Vorschlag äusserte sich (G) skeptisch. Zum einen würde die Idee von multilateralen Garantien für bilaterale oder regionale Abmachungen Bedenken erregen, insbesondere wegen der kaum absehbaren Verpflichtungen, die diese für Drittstaaten mit sich brächten. Zum anderen sei die durch den Plan implizierte Verdoppelung und Konkurrenzierung von bestehenden Organisationen wenig zweckmässig. Die USA wollten aber der EG Gelegenheit geben, den Plan auszuarbeiten und würden den Dialog fortsetzen.
- 1.3. Als dritter Themenkreis wurde über die KSZE und generell wurde die sicherheitspolitischen Risiken in Europa diskutiert. (KE) betonte, dass es angesichts des enormen Potentials für Instabilität notwendig sei, dass die Rolle der EG als Sicherheitsinstitution verstärkt werde. Die EG bilde gerade für die Staaten im Osten Europas einen wichtigen Referenzpunkt.

Aus den schrecklichen Kriegen im ehemaligen Jugoslawien ziehe die Schweiz die Lehre, dass es noch nicht an der Zeit sei, weniger Geld für die eigene Verteidigung auszugeben oder auf die Neutralität zu verzichten.

Gemäss (KE) sei eine der schwierigen Fragen im Rahmen der europäischen Sicherheitspolitik, welche Rolle man Russland in bezug auf "Peace keeping" und "Peace enforcement" in der GUS einräumen wolle. Bekanntlich strebe Russland eine Sanktionierung seiner diesbezüglichen Rolle durch die KSZE an. (G) bestätigte, dass dies für die USA eine sehr heikle Frage darstelle. Leider gäbe es in Russland nach wie vor starke Kräfte, welche die Wiederherstellung des "UdSSR-Empires" austreben. Diese Gruppen würden wohl gestärkt, wenn Russland die gewünschte Rolle in der GUS zugestanden würde. Zugleich würde man andere wichtige Staaten in der Region, vor den Kopf stossen (Ukraine, Kasachstan). Daher seien die USA gegenüber diesem Wunsch Russlands sehr zurückhaltend. Wenn Russland aber unbedingt diese Rolle wolle, gestand (G) ein, dass es besser wäre, wenn es seine Peace-keeping-Funktion nicht völlig frei, sondern unter der Kontrolle der KSZE wahrnehmen würde.

Abschliessend hob (G) hervor, dass die KSZE für Washington nach wie vor ein wichtiger Mechanismus sei, weil sie die einzige Organisation darstelle, an der alle in ein grösser verstandenes Europa einbezogenen Staaten teilnähmen.

2. Mark Parris (P), Senior Deputy Assistant Secretary, Bureau of Near Eastern Affairs (in Begleitung von Claire K. Owley).

- 2.1. Einleitend bedankte sich (P) für den grosszügigen Beitrag der Schweiz im Rahmen des Nahostfriedensprozesses zugunsten der Westbank und Gaza. Die Aufbauarbeit in diesen Gebieten sei eine Herausforderung, welche durch die schlechte Sicherheitslage noch grösser werde. In der Sicht der USA sollte dabei die Ad-Hoc-Steering-Group lediglich den Rahmen für die Hilfe setzen. Die Detailplanung sollte der über das notwendige Know-how verfügenden Weltbank überlassen werden. Das entsprechende Gremium der Weltbank werde am 16.12.93 ein Treffen abhalten und die Geberländer direkt über mögliche Projekte informieren.

Die USA beabsichtigten relativ rasch der UNRWA und der UNDP 8 Mio \$ zur Verfügung zu stellen (Schweiz: 3 Mio SFR an UNRWA), da hier zweckmässige Projekte im Bereich der Schulbildung, des Wohnungsbaus und der Gesundheitspflege vorlägen. Die Weltbank werde in Bälde einen "Emergency Fund" von 50 Mio \$ zur Verfügung stellen.

Nach Ansicht von (P) liege eines der Probleme bei der Palästinahilfe in den fehlenden Organisationsstrukturen auf Seiten der Palästinenser. Arafat habe Mühe, Kompetenzen zu delegieren. Die USA hätten aber entsprechende Gespräche mit ihm geführt und dieser scheine lernbereit. - Ferner sei die Absorptionsfähigkeit der Region beschränkt. Es gäbe kurzfristig gar nicht so viele geeignete Projekte; deshalb seien eigentliche Konkurrenzsituationen zwischen Geberländern oder Doppelspurigkeiten denkbar. Deren Vermeidung sei eine der Aufgaben der Weltbank.

Für die USA und die Schweiz noch offen ist die Frage der Schaffung von "Liaison Offices". Für die USA könnte deren Funktion von der Botschaft in Tel Aviv, dem Generalkonsulat in Jerusalem oder von eigens geschaffenen Büros wahrgenommen werden. Die Frage sei zur Zeit, insbesondere unter den Gesichtspunkten Kosten, Effizienz, Sicherheit und Lage der Büros der "Palastinian National Authority" in Prüfung. (Bestens orientiert über diese Frage sei die U.S.-Vertretung in Tel Aviv, die von der dortigen schweizerischen Vertretung angefragt werden könne.) Denkbar sei auch, dass die Weltbank ein gemeinsames Büro aller Geberländer mit entsprechender Infrastruktur zur Verfügung stelle.

(P) zeigte sich optimistisch, dass das "Momentum" im Friedensprozess vom 13. September aufrechterhalten werden könne. Israel und PLO nähmen ihre Vereinbarungen ernst, versuchten den Zeitplan einzuhalten und setzten den Dialog trotz Schwierigkeiten fort. Es sei durchaus möglich, dass nach der Jahreswende auch die Gespräche zwischen Israel und Syrien zu positiven Ergebnissen führen würden. Die innenpolitische Situation Rabins mache es nötig, dass er auch hier Fortschritte mache. Die USA hofften, dass dies in Damaskus erkannt würde. Allerdings könnten eine Vielzahl von Problemen Fortschritte verhindern oder verlangsamen.

- 2.2. In bezug auf den Iran zeigte sich (P) enttäuscht. Der Iran habe sich zum Nahostfriedensprozess nur feindlich geäussert und unsterstütze alle Gruppierungen, die diesen Prozess zu sabotieren versuchten. Ferner investiere der Iran weiterhin

grosse Summen in die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen. Hinsichtlich der Menschenrechte seien keinerlei Verbesserungen ersichtlich. Auch nach drei Jahren Regierg Rafsanjani entwickle sich der Iran tendenziell negativ.

Solange der Iran keinen klaren Willen zur Aenderung seiner Politik erkennen lasse, sei die USA nicht bereit, die bilateralen Beziehungen zu normalisieren, obwohl der Iran ohne Zweifel ein wichtiges Land sei. Aus der Sicht der USA sollte die internationale Gemeinschaft - wo immer möglich - den Iran unter Druck setzen. Dies sei vor allem durch die Verweigerung neuer Kredite möglich. Hingegen würden die USA der Fortsetzung eines "critical dialog" westlicher Länder mit dem Iran nicht opponieren.

- 2.3. Hinsichtlich des Kurdenproblems rief (P) in Erinnerung, dass die USA die territoriale Integrität des Irakes erhalten wollten. Sie lehnten die Bildung eines separaten Kurdenstaates im Nordirak ab.

Die USA seien sich bewusst, dass das Kurdenproblem ständig gefährlicher werde und die Türken keine Strategie zu dessen Lösung bereit hielten. Sie hätten die Türkei "unter Freunden" schon mehrfach auf diesen Umstand aufmerksam gemacht. Man hoffe, dass die neue türkische Regierung diese Frage mit innovativen Ideen angehen werde. Wesentlich sei dabei wohl auch eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Kurden. Leider seien die USA aber gerade jetzt gezwungen, ihre Wirtschaftshilfe an Ankara zu kürzen. Grundsätzlich sei die Kurdenfrage eine innertürkische Angelegenheit; von aussen könne man dieses Problem nicht lösen.

3. Peter Tarnoff (T), Under Secretary for Political Affairs, Department of State (in Begleitung von J.D. Bindenagel)

- 3.1. Auf die Frage nach den amerikanischen Motiven für die Initiative "Partnerschaft für den Frieden" weist (T) auf die besonderen Sicherheitsbedürfnisse der Staaten im Osten Europas hin. Die Initiative soll in erster Linie eine sicherheitspolitische Annäherung dieser Staaten an die NATO ermöglichen, ohne dass damit bei anderen Ländern - gemeint ist Russland - Bedrohungsängste entstünden. Je nach Land sollten individuell massgeschneiderte Verträge ausgehandelt werden. Daher ist die Initiative bewusst unpräzise gehalten. Nach Verabschiedung durch den NATO-Gipfel könnten innert Wochen mit interessierten Staaten Verhandlungen aufgenommen und entsprechende Verträge innert Monaten abgeschlossen werden.

Die Partnerschaft könne zwar, müsse aber keineswegs zu einer NATO-Mitgliedschaft führen. (T) hofft, dass mittels dieser bilateralen Verträge die bewährte NATO evolutiv weiterentwickelt werden könne.

(T) legt Wert auf die Feststellung, dass sich die Initiative auch an die Neutralen richte. Die USA hofften daher, dass sich neutrale Staaten zu bilateralen Abkommen mit der NATO bereit finden könnten. Dies würde unter anderem die Unverdächtigkeit

der Initiative gerade auch gegenüber Russland zum Ausdruck bringen.

(T) bestätigte, dass es sich bei "Partnership for peace" um eine Regierungsinitiative handle.

- 3.2. Im Hinblick auf das Ministertreffen der KSZE in Rom wünschte sich (T), dass für die militärischen Aktionen Russlands in der GUS KSZE-Richtlinien entwickelt würden und die KSZE eine Ueberwachungsfunktion übernehme. Zweckmässig wäre es auch, wenn die russischen Friedenstruppen durch solche anderer KSZE-Staaten ergänzt würden. Die KSZE sollte ferner darauf hinwirken, dass Russland für seine Peace-keeping-Hilfe nicht als Gegenleistung vom betroffenen Land den Beitritt zur GUS verlangen würde.

(T) informierte darüber, dass Russland vor einigen Monaten mit der Idee an die USA herangetreten sei, die russischen friedenserhaltenden Aktionen durch die Vereinten Nationen autorisieren zu lassen und die Russland durch diese Bemühungen entstehenden Kosten von seinem UNO Beitrag zu subtrahieren. Die USA hätten selbstverständlich diese Idee abgelehnt. Es sei aber denkbar, dass angesichts seiner Finanznot Russland diesen Vorschlag im Rahmen der KSZE vorbringe.

Insgesamt gesehen betonte (T), dass die KSZE für die USA nach wie vor grosse Bedeutung habe, insbesondere weil sie derzeit die einzige Möglichkeit zur sicherheitspolitischen Erfassung des Gebietes der ehemaligen UdSSR darstelle. Sie sei daher weiterhin zur Ergänzung der NATO nötig. Die KSZE sei überdies durchaus entwicklungsfähig, insbesondere im operationellen Bereich. Diese Fortentwicklung benötige aber - analog zur UNO - Zeit. Die USA würden hingegen nicht erwarten, dass sich die KSZE zu einer regionalen UNO entwickle.

(KE) führte aus, die Schweiz lege Wert darauf, dass die KSZE operationeller werde; insbesondere soll die Menschenrechtsdimension vermehrt in die politische Arbeit der KSZE einbezogen werden. (T) stand diesem Wunsch positiv gegenüber. Er begrüßte ebenfalls den schweizerischen Wunsch nach Vermeidung von sicherheitspolitischen Doppelpurigkeiten. Daher träten die USA auch für eine möglichst vollständige Integration des Balladur-Planes in die KSZE ein.

- 3.3. In bezug auf den Iran wiederholte (T) die bekannten amerikanischen Vorwürfe. Er machte klar, dass die USA dafür einträten, dem Iran aus politischen und wirtschaftlichen Gründen keine neuen Kredite oder eine Umschuldung zu gewähren. Die USA hätten aber nichts gegen einen "critical dialog" einzuwenden.

(KE) wies darauf hin, dass die Schweiz Iran keine Kreditgarantien mehr erteilen würde, da Teheran die zulässige Obergrenze für derartige Garantien bereits erreicht habe. Die Schweiz sei in der Frage der Umschuldung nicht Gesuchsteller, würde sich aber auch nicht widersetzen. Die Schweiz halte die Aufrechterhaltung eines "critical dialogs" mit dem Iran für notwendig und zweckmässig.

4. Stephan Oxman (O), Assistant Secretary, Bureau of European and Canadian Affairs

Das Gespräch mit (O) konzentrierte sich auf das ehemalige Jugoslawien. Einleitend wies (KE) auf die besondere Betroffenheit der Schweiz durch die kriegerischen Ereignisse (5 % der Einwohner der Schweiz stammen aus dem ehemaligen Jugoslawien) und unsere grossen Austreibungen im Bereich der Aufnahme von Flüchtlingen hin.

Gemäss (O) ist zur Zeit für die Regierung von Bosnien-Herzegowina offen, ob sie der vorliegenden Verhandlungslösung zustimmen oder ob sie anstreben soll, von ihren Gegnern mehr Territorium zugestanden zu bekommen. Die USA würden zwar bei Bosnien-Herzegowina auf die baldige Annahme einer Verhandlungslösung drängen. Aber sie würden dabei keinerlei Druck ausüben, denn schliesslich sei Bosnien-Herzegowina das Hauptopfer in diesem schrecklichen Krieg. (O) hegt weiterhin eine gewisse Hoffnung, dass Milosevic durch Druck die bosnischen Serben zu weiteren territorialen Zugeständnissen veranlassen könnte. (O) bestätigte ferner, dass die USA bereit seien, entschlossen zu reagieren, wenn die Serben Sarajewo erneut zu strangulieren versuchten.

In bezug auf Kosovo zeigte sich (O) in mehrerer Hinsicht besorgt. Zum einen bestehe die Gefahr, dass Albanien dort eingreifen könnte. Bei seinem kürzlichen Besuch in Tirana hätten ihn seine Gesprächspartner mit aller Deutlichkeit auf den Umstand aufmerksam gemacht, dass 2 Mio Albaner im Kosovo und 1 Mio in Mazedonien lebten und deren Schicksal der albanischen Regierung nicht gleichgültig sein könne. Zum anderen stellte (O) fest, wachse der serbische Druck im Kosovo stetig und die dortige Bevölkerung könne diese serbische Drangsalierung nicht unbeschränkt ertragen.

(O) rief in Erinnerung, dass die USA nicht die Sezession des Kosovo unterstützten, sondern die Gewährung einer angemessenen Autonomie verlangten. Sie hätten dies beiden Seiten deutlich gemacht. (O) führte aus, dass die USA Serbien hinsichtlich Kosovo eindringlich zur Mässigung aufgerufen und gewarnt habe, sie würden entschlossen auf serbische Entgleisungen reagieren. Die USA würden weiterhin auf Serbien in dieser Frage Druck ausüben.

Aus Besorgnis über Kosovo zeigten sich die USA gegenüber dem kürzlichen deutsch-französischen Vermittlungsvorschlag skeptisch. Danach werde bekanntlich Serbien die Aufhebung der Sanktionen bei einem Wohlverhalten in Bosnien-Herzegowina in Aussicht gestellt. Die USA möchten aber das Druckmittel Sanktionen in der Hand behalten, bis Serbien nicht nur in Bosnien-Herzegowina, sondern auch im Kosovo ihre Bereitschaft zur Einhaltung einer friedlichen Lösung unter Beweis gestellt habe.

p. B. 15. 22. 28
M. UFA



SCHWEIZERISCHE VERTRETUNG
REPRÉSENTATION SUISSE

in / à WASHINGTON

Herrn Staatssekretär
J. Kellenberger
EDA

BERN

Ihr Zeichen
Votre référence

Ihre Nachricht vom
Votre communication du

Unser Zeichen
Notre référence

Datum
Date

102.11 - BT/CN

19.11.1993

Gegenstand / Objet Bericht über Ihren Besuch in Washington
vom 15/16.11.1993

Rein Informativ

Sehr geehrter Herr Staatssekretär

Ich nehme Bezug auf meinen Telefax vom 18.11.1993 nach Ottawa und übermittle Ihnen beiliegend die Originale des Besuchsberichts und der Gesprächsnotizen (inkl. Diskette Olivetti-Textverarbeitung).

Mit freundlichen Grüßen

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER
i.A.

Jean-Claude Joseph

Beilagen erwähnt